

Wirtschaft wendet sich gegen Nord-Ost-Ring

Beschluss Die Gewerbetreibenden aus Oeffingen sprechen sich einhellig für Protestaktionen gegen den umstrittenen Straßenbau aus – aus Ärger über die Behauptung, dass die 36 Meter breite Trasse auch den lokalen Unternehmen nutzen würde. *Von Sascha Schmierer*

Die in CDU-Kreisen gebetsmühlenartig wiederholte Mär, dass der Bau eines Nord-Ost-Rings auch von der lokalen Wirtschaft unterstützt werde, wollen Unternehmer aus Oeffingen nicht so stehen lassen. Im Gegenteil: Nach der Landwirtschaft denken auch die Betriebsinhaber über Protestaktionen gegen den umstrittenen Straßenbau nach. Einhellig haben sich die Mitglieder des Gewerbevereins Oeffingen bei der Hauptversammlung am Mittwoch gegen das im Bundesverkehrswegeplan als „Weiterer Bedarf“ eingestufte Verkehrsprojekt ausgesprochen.

„Wir als Gewerbetreibende müssen jetzt ein Signal setzen“, rief der Gartenbauer Jörg Schiller seine Kollegen zum Widerstand gegen die drohende Autobahn übers Schmidener Feld auf. Spätestens im September sollen öffentlichkeitswirksame Ak-

„Profitieren würden vom Nord-Ost-Ring allenfalls ausgesuchte Großbetriebe.“

Jörg Schiller, Stadtrat

tionen gegen die Straßenbau-Pläne für Aufmerksamkeit sorgen. Obwohl Schiller für die CDU-Fraktion im Fellbacher Stadtrat sitzt, stört er sich massiv daran, von den Parteifreunden in Bund, Land und Region ver-

einnahmt zu werden. Er zweifelt vor allem die Behauptung des CDU-Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer an, dass auch die lokale Wirtschaft den Bau eines Nord-Ost-Rings fordern würde. „Von dieser Straße profitieren allenfalls Speditionen und ein paar ausgesuchte Großunternehmen. Alle anderen Betriebe leiden, wenn sich bei uns der überregionale Verkehr staut“, sagte er.

Erst vor wenigen Wochen hatten die Fellbacher Landwirte mit einer Plakatserie ihren Protest gegen die 36 Meter breite Trasse zum Ausdruck gebracht. Ähnliche Banner hatten die – sonst eher zum konservativen Lager gerechneten – Bauern schon beim politischen Aschermittwoch der CDU in der Alten Kelter präsentiert. Und: Selbst bei einer parteiinternen Veranstaltung im Oeffinger Schlössle wurde Pfeiffer jüngst an seinen vom Protest gegen den Nord-Ost-Ring gespeisten Stimmenverlust bei der Bundestagswahl erinnert.

Unterstützung für die Protestaktionen signalisierte am Mittwoch Fellbachs Oberbürgermeisterin Gabriele Zull: „Wenn sich die Gewerbevereine zu Wort melden, ist das schon ein starkes Signal“, erklärte sie. Bernd Köhler, Vorsitzender des Fellbacher Handels- und Gewerbevereins, will den Protest unter seinen Mitgliedern ebenfalls zum Thema machen: „Ich finde gut, wenn hier Maßnahmen ergriffen werden. Das wird auch Reaktionen geben“, sagte er.



Die Banner der Bauern hängen – jetzt wollen auch lokale Gewerbebetriebe eine Protestaktionen auf die Beine stellen.

Foto: Patricia Sigerist

Ein Fahrrad-Parkhaus würde die OB nicht mehr bauen

Debatte Vor den Mitgliedern des Oeffinger Gewerbevereins verteidigt Gabriele Zull den Dreh an der Steuerschraube. *Von Sascha Schmierer*

Ein Fahrradparkhaus am Bahnhof würde die Fellbacher Oberbürgermeisterin Gabriele Zull den Stadträten offenbar kein zweites Mal ans Herz legen: „Ich hätte im ersten Jahr manchen Beschluss nicht gefasst, wenn ich das gewusst hätte“, sagte die Rathauschefin mit Blick auf die angespannte Haushaltslage – und nannte die über 900 000 Euro teure Radgarage am ÖPNV-Knoten ausdrücklich als Beispiel für den „ziemlich hohen Standard“ der Fellbacher Infrastruktur.

Gut eine Stunde lang stand Gabriele Zull am Mittwoch Oeffinger Unternehmern bei der Hauptversammlung des Gewerbevereins im Gasthof Kreuz Rede und Antwort – und nutzte die Gelegenheit, die trotz

Rekordeinnahmen beschlossene doppelte Erhöhung der Gewerbesteuer zu verteidigen. Denn um Fellbach als Wirtschaftsstandort attraktiv zu halten, brauche es nicht nur Breitband-Ausbau und gute Verkehrsanbindungen. Im Kampf gegen den Fachkräftemangel seien auch Wohnproblematik und Kinderbetreuung wichtige Faktoren. Und das koste nun mal Geld. „Ich kann Ihnen versichern, dass es angenehmere Dinge gibt, als erst mal die Gewerbesteuer zu erhöhen. Aber wenn der Finanzbürgermeister sagt, dass sein Haushaltsentwurf nicht genehmigungsfähig ist, haben Sie ein Problem“, warb die OB um Verständnis für ihren Kurs. Allerdings betonte Gabriele Zull, dass die Stadt auch

Millionenbeträge aus dem Etat gestrichen habe. Obwohl es von der Schulsanierung bis zum Ausbau der Feuerwehr-Gerätehäuser eine Fülle drängender Aufgaben gebe.

Auslöser der ausführlichen Darstellung war die Kritik an dem Steueraufschlag. „Der Mittelstand wird von allen Seiten gemolken, der Ruf nach Steuererleichterung vom Tisch gewischt“, fasste der Gewerbevereins-Vorsitzende Sebastian Aupperle die Stimmungslage der Mitgliedsbetriebe zusammen. Verwundert hatte die Gewerbetreibenden freilich auch, dass der Dreh an der Steuerschraube bei den Interessensvertretungen keinen Aufschrei ausgelöst hatte. Aupperle erklärte die Stille mit dem Fehlen zeitnaher Informationen. Bei einem konstruktiven Gespräch zwischen Gewerbevereine und Rathauspitze sei vereinbart worden, künftig schon im Vorfeld den Dialog zu suchen. „Letztlich“, sagte Aupperle, „sitzen wir alle im gleichen Boot“.